

Quellen in Ortenauer Kommunalarchiven zum Thema Zwangsarbeit

Wolfgang M. Gall, Cornelius Gorka, Dieter Kaufß

Mit großer Mehrheit hat der Deutsche Bundestag am 6. Juli 2000 das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ verabschiedet. Es trat am 12. August 2000 in Kraft. Zweck der Stiftung ist es, über Partnerorganisationen Finanzmittel zur Gewährung von Leistungen an ehemalige Zwangsarbeiter aus der Zeit des Nationalsozialismus bereitzustellen.

Eine wichtige Rolle bei der Beschaffung von Daten der Nachweise nehmen die Archive ein. Denn ohne die in Archiven verwahrten Unterlagen können die meisten ehemaligen Zwangsarbeiter den Nachweis nicht erbringen.

Neben den Staatsarchiven richten sich Anfragen vorwiegend an Kreis- und Kommunalarchive. Die Unterlagen über die Zwangsbeschäftigung sind zwar sehr lückenhaft. Dennoch ergeben sich einige Möglichkeiten, an Personendaten zu gelangen. Der folgende Beitrag versucht, zwei Fragen zu beantworten: Welche Möglichkeiten ergeben sich bei personenbezogenen Recherchen in einem Kommunalarchiv? Wie werden die Anträge bearbeitet? Am Schluss des Beitrags werden am Fallbeispiel Offenburg konkrete Zahlen belegt.

Kurzer historischer Rückblick

Im Juli 1944 stellten über 5,7 Mio. ausländische Zivilarbeiter, über 1,9 Mio. Kriegsgefangene und etwa 400.000 KZ-Häftlinge knapp 26% aller Arbeiter und Angestellten im Deutschen Reich. Der Begriff „Zwangsarbeiter“ ist sehr kompliziert. So genannte ausländische Zivilarbeiter wurden im gesamten Deutschen Reich, auch in der Ortenau, als Arbeitskräfte eingesetzt. Schätzungen gehen davon aus, dass beispielsweise in Offenburg 3.500 Zwangsarbeiter eingesetzt wurden.¹ Ein Großteil von ihnen waren bei der Reichsbahn, bei ortsansässigen Firmen, in kommunalen und staatlichen Verwaltungen, landwirtschaftlichen Betrieben und bei Privatpersonen zwangsverpflichtet.

Was ist ein Zwangsarbeiter?²

Zwangsarbeit im Dritten Reich lässt sich durch zwei Merkmale kennzeichnen: erstens die Unauflöslichkeit des („Zwangs“-)Arbeitsverhältnisses für

eine nicht absehbare Zeitdauer und zweitens die geringen Chancen, nennenswerten Einfluss auf die Umstände des Arbeitseinsatzes zu nehmen.

Arbeiter aus dem besetzten Westeuropa (z.B. Frankreich und Niederlande) waren deutlich besser gestellt als ihre Kollegen aus Osteuropa, die größtenteils mit Gewalt nach Deutschland gebracht wurden. Westeuropäische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene hatten seltener mit Misshandlungen zu rechnen und teilweise bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Die Zwangsarbeiter lassen sich in vier Gruppen unterteilen:

- a. Freiwillige ausländische Zivilarbeiter konnten den ganzen Krieg hindurch Deutschland verlassen, spätestens nach Ablauf ihres Arbeitsvertrags. Zu dieser Gruppe zählten Arbeiter aus den mit Deutschland verbündeten Staaten Bulgarien, Italien (bis 1943), Kroatien, Rumänien, Slowakei und Ungarn, aus dem neutralen Spanien und dem besetzten Dänemark.
- b. Zwangsarbeiter mit etwas Einfluss auf ihre Existenzbedingungen und normaler und geringfügig erhöhter Sterblichkeit. Sie unterlagen einer Dienstverpflichtung, hatten aber geringfügige Chancen, ihre Existenzbedingungen zu verbessern. Zu ihnen zählten Zivilarbeiter aus den besetzten Gebieten außerhalb Polens und der Sowjetunion, insoweit sie nicht zur Gruppe der Freiwilligen gehörten, außerdem verschiedene Kriegsgefangenen aus Belgien, Frankreich, Großbritannien und Jugoslawien.
- c. Zwangsarbeiter ohne nennenswerten Einfluss auf ihre Existenzbedingungen und mit deutlich überdurchschnittlicher Sterblichkeit. Zu ihnen zählen Zivilarbeiter aus Polen und der Sowjetunion sowie die polnisch-jüdischen und italienischen Kriegsgefangenen.
- d. Zwangsarbeiter ohne jeglichen Einfluss auf ihre Existenzbedingungen und mit extrem hoher Sterblichkeit. Zu ihnen zählen die polnisch-jüdischen und sowjetischen Kriegsgefangenen, Häftlinge aus Konzentrationslagern und Arbeitserziehungslagern sowie „Arbeitsjuden“ aus Zwangsarbeitslagern und Ghettos. In Offenburg waren im Winter 1944 SS-Baubrigaden mit 1.500 „Sklavenarbeitern“ bei Reparaturarbeiten an der zerstörten Bahnanlage eingesetzt.

Die meisten ehemaligen Zwangsarbeiter aus Osteuropa, die sich in den letzten Jahren an die deutschen Kommunalverwaltungen gewandt haben, gehören der Gruppe c. an.

Wie wurden Menschen zu Zwangsarbeitern?

Auf dem Höhepunkt des Machtausdehnung des Dritten Reichs waren Besatzungsbehörden fast überall auf dem europäischen Kontinent mit der Rekrutierung von Arbeitskräften beschäftigt. Nicht nur für den „Reichseinsatz“ brauchten die damaligen Machthaber Arbeitskräfte, sondern auch für Bauvorhaben in den besetzten Gebieten. Im März 1942 ernannte Adolf Hitler Fritz Sauckel zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz. Dieser installierte einen eigenen Apparat in den besetzten Gebieten.

Für die Rekrutierung ausländischer Zivilarbeiter lassen sich vier Grundformen unterscheiden:

- a. Reine Werbung
- b. Werbung mit maßgeblicher Beeinflussung der Existenzbedingungen
- c. Konkskription, d.h. Aushebung ganzer Jahrgänge unter Rückgriff auf die einheimische Bevölkerung
- d. Deportation durch willkürliche Gewaltanwendungen deutscher oder deutsch-verbündeter Sicherheitsorgane

Wo wurden Zwangsarbeiter untergebracht?

Die Zwangsarbeiter wurden größtenteils – nach ihrer nationalen und ethnischen Herkunft getrennt – in Lagern untergebracht. Der Gedankenwelt der Nationalsozialisten waren der Individualismus und die individuellen Menschenrechte vollkommen fremd. „Fremdvölkische“ hatten grundsätzlich keinerlei Rechte. Hintergrund war die Rassenideologie der Nationalsozialisten, die den Wert jedes Menschen nach seiner „rassischen“ Zugehörigkeit festlegte und davon dessen Rechte ableitete. Für jede „Rasse“ legten sie eigene Vorschriften fest. Durch eine besondere Kennzeichnungspflicht wurden die Ostarbeiter besonders diskriminiert. In Offenburg z.B. gab es zwei große Lager, die u.a. die Industrie und Reichsbahn gemeinsam mit der Stadtverwaltung unterhielten und nutzten: das Ost- und das Westarbeiterlager.

Wie kommen Anträge nach Deutschland?

Der Bearbeitungsweg von Anträgen

Die Bearbeitung von Anfragen ehemaliger Zwangsarbeiter kann auf zwei Wege in Gang kommen. Zum einen gehen die Anfragen beim Internationalen Suchdienst des Roten Kreuzes (ISD) in Arolsen (Nordhessen) ein oder werden direkt an die kommunalen Behörden (Gemeinden, Städte, Landkreise) geschickt. Die Anfrage kann entweder direkt vom Betroffenen ausgehen oder in seinem Namen von einer nationalen Partnerorganisation gestellt werden. Die Anträge sind gebührenfrei.

Es ist zunächst Aufgabe der kommunalen Stellen, in ihren eigenen Archivbeständen nach Hinweisen über die Beschäftigung der Antragsteller nachzuforschen. Dabei können auch örtliche Kontakte zu Firmen oder Zeitzeugen genutzt werden. Bleibt die Suche ergebnislos, so ergeht ein Schreiben an die zuständige Allgemeine Ortskrankenkasse. Fällt dabei das Ergebnis wiederum negativ aus, wird der Antrag an das Staatsarchiv Freiburg weitergeleitet. Die Staatsarchive übernehmen dann die abschließende Beratung der Negativfälle.

Geht aus dem Antragsschreiben hervor, dass der Betroffene auch in einer anderen Gemeinde beschäftigt war, so ist eine Kopie des Antrags der jeweiligen Gemeindeverwaltung zu übermitteln. Es empfiehlt sich aber auch hier eine vorherige Recherche in den eigenen Archivbeständen. Auf jeden Fall sollten die Antragsteller eine Antwort auf ihre Anfrage erhalten. Bei längerer Beantwortung der Anfrage sollte ein Zwischenbescheid zugesandt werden.

Bei einer positiven Antwort reicht der Nachweis aus, dass die betreffende Person als Zwangsarbeiter beschäftigt war. Die Antwort geht jeweils an den Antragsteller bzw. die nationalen Partnerorganisationen. Dabei soll auch eine Kopie des Antwortschreibens dem Internationalen Suchdienst des Roten Kreuzes (ISD) zugehen. Bei individuellen Anfragen von Betroffenen können dem jeweiligen Antwortschreiben Merkblätter in polnischer, russischer oder ukrainischer Sprache beigelegt werden.

Hinsichtlich der Nutzung von Zwangsarbeiterunterlagen durch Außenstehende (so genannte Dritte) wird auf die Nutzungsbestimmungen und Sperrfristen des Landesarchivgesetzes (LArchG) für Unterlagen mit personenbezogenen Daten hingewiesen, die auch für die kommunalen Archive gelten.

Für weitere Fragen zum Verfahren ist beim Hauptstaatsarchiv Stuttgart eine Landeskoordinierungsstelle für Anfragen ehemaliger Zwangsarbeiter (LKS) eingerichtet worden.

Ansprechpartner ist Frau Pfeiffer, Tel. 0711/ 212-4342.

Recherchen nach Zwangsarbeitern im Kommunalarchiv

Bei der Suche nach Zwangsarbeitern ist eine genaue Durchsicht der Gemeindeakten sinnvoll.

Die *Akten* der badischen Stadt- und Gemeindearchive bis 1965 waren und sind nach dem so genannten Külby-Aktenplan geordnet. Dieser wurde 1905 verbindlich eingeführt und bis 1965 angewendet.

Die Akten sind leicht daran zu erkennen, dass die Aktendeckel und die ganze Systematik nach einem römischen Zahlensystem geordnet sind. Der römischen Zahl folgt nach einem Punkt in der Regel eine arabische Zahl.

Außer Akten sind auch *gebundene Bücher* zu benutzen, die in den meisten Fällen separat stehen und keinen Bezug (außer dem Titel) zu den Aktenbeständen haben.

Als dritte Gruppe wären die *Gemeinderechnungen* und deren *Beilagen* einzusehen.

Folgende *Aktengruppen* sollten bei einer Recherche unbedingt eingesehen und genutzt werden:

III.3 Forstwesen

- Forstpersonal
- Waldarbeiter
- Waldwegebau
- Einsatz ausländischer Arbeiter

VII.1 Landbau und Landeskultur

- Polnische Arbeiter
- Altkleider-Sammlung für polnische Arbeitskräfte

IX. Militär- und Kriegswesen

Verschiedene einzelne Betreffe

XI.2 Sicherheits- und Sittenpolizei

- Ausländer
- An- und Abmeldungen

(Hier sind auch gebundene Bücher zu beachten:

- Meldebuch bzw. Meldekarteien
- Fremdenbuch
- An- und Abmeldungen)

XIII. 4 oder 6 Staatsfinanzen und Steuern

- Verzeichnisse der ausgestellten Lohnsteuerkarten

XVIII. Arbeitsversicherung, Unfallversicherung

- Unfallanzeigen im landwirtschaftlichen Bereich
Arbeitsversicherung, Invalidenversicherung
- Verzeichnisse über ausgestellte Quittungskarten (diese gibt es auch in gebundener Art)

Sollten Unterlagen von städtischen Krankenhäusern vorhanden sein, lassen sich Zwangsarbeiter häufig in den Aufnahmebüchern nachweisen.

In den *Beilagen* zur *Gemeinderechnung* geben auch Lohnzettel oder Taglohnblätter Auskünfte über etwaige Zwangsarbeiter. Die Suche ist langwierig, u.U. in Einzelfällen lohnend.

Recherche und Bearbeitung von Anträgen sind übrigens begründet durch das Landesverwaltungsverfahrensgesetz B/W §§ 22–26 und das Landesarchivgesetz § 6.

In Offenburg wurden beispielsweise in den jährlich geführten Quittungsbüchern für Arbeiter Namen von Zwangsarbeitern gefunden.

Das Fallbeispiel Offenburg

Das Stadtarchiv Offenburg erstellte 2000 ein Dossier über die Anzahl und Herkunft der Zwangsarbeit in Offenburg. Es stützte sich bei den Recherchen auf drei Quellen:

1. 26 Listen mit Namen von Zwangsarbeitern aus Belgien, Frankreich, Holland, Italien, Jugoslawien, Lettland, Polen, Spanien, Tschechoslowakei, UdSSR, Ungarn sowie aus dem Elsass aus dem Jahr 1946

Eine erste Dokumentation mit den Namen aller 1851 in den genannten Listen aufgeführten Personen hat der Historiker Bernd Boll im Rahmen seiner Dissertation erstellt und seine Ergebnisse in eine Datenbank eingegeben. Er hat sie dankenswerter Weise dem Stadtarchiv zur Auswertung und Ergänzung zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2001 wurden die Daten in eine Augias-(Access-)Datenbank konvertiert. Es hat sich herausgestellt, dass etwa 100 Namen doppelt aufgeführt werden. Der Grund liegt in der Datenaufnahme im Jahr 1946. Einige, vor allem russische Namen wurden mangels Sprachkenntnissen falsch geschrieben. Zusätzlich kamen Doppelnennungen zustande, da Zwangsarbeiter oft bei mehreren Arbeitgebern beschäftigt wurden.

Die Datenbank enthält folgende Feldnamen: Nachname, Vorname, Geschlecht, Nationalität, Geburtsdatum u. -ort, Beschäftigungsort und Dauer der Beschäftigung.

Herkunft der Listen

Die ursprünglichen Listen wurden auf Anweisung der französischen Militärbehörde erstellt. Sie verlangte im Dezember 1945 von den Gemeinden eine genaue Aufstellung sämtlicher ausländischer Arbeiter, welche während des Krieges untergebracht waren. Sie musste in mehrfacher Ausfertigung „erstens getrennt nach verschiedenen Betrieben und zweitens getrennt nach Staatsangehörigkeit angefertigt werden“. Eine weitere Kartei des Landratsamtes wurde zwei Tage nach der Besetzung durch die französischen Truppen (am 15.4.1945) an das Militärkommando übergeben.

Am 31.12.45 fand eine Besprechung verschiedener Offenburger Behördenvertreter sowie des Reichsbahnausbesserungswerks und der Polizei statt. Die Teilnehmer stellten fest, dass in Offenburg *etwa 3.500 Erfassun-*

gen über ausländische Kriegsgefangene und Zivilarbeiter vorlagen, die „Erfassungskartei und die nötigen Akten aber 2 Tage nach der Besetzung vom Militär abgeholt wurden“. Der ehemalige Leiter des Lagers „Kronenwiese“, Ritter, teilte den Anwesenden mit, dass die DAF (Deutsche Arbeitsfront), die zusammen mit der Stadtverwaltung die Oberaufsicht über das sog. Westarbeiterlager hatte, die Erfassungskartei an sich genommen hatte. Es existierten lediglich Listen über die Einziehung der Unterkunft- und Verpflegungsgelder. Auf deren Basis erstellte Ritter lückenhaft die von den Militärbehörden gewünschten Listen.

In einem Schreiben heißt es, dass die Stadtverwaltung keine genauen Angaben zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern geben könne, da die Vermittlung ausschließlich über das Arbeitsamt erfolgte.

Die Listen übergab das Bürgermeisteramt an die „Section des Personnes Déplacées-Service des Recherches“ in Freiburg. Nur von „einem Bruchteil dieser damals vorgelegten Listen befinden sich Durchschriften in unseren Akten“, heißt es in einem Begleitschreiben.

Die Originallisten wurden von den französischen Behörden an das Besatzungsarchiv Colmar abgegeben. Mehrere Anfragen anderer Stadtarchive haben ergeben, dass im Colmarer Archiv keine Namenslisten mehr vorhanden sind. Sie wurden Anfang der 50er Jahre an den Internationalen Suchdienst in Arolsen abgeliefert. Der Internationale Suchdienst hat auf Anfragen wegen Überlastung eine rasche Beantwortung von Rechercheanfragen nicht in Aussicht gestellt.

Das Badische Generallandesarchiv Karlsruhe verwies außerdem auf Hebelisten der AOK, in denen auch ausländische Arbeitskräfte namentlich festgehalten wurden.

Unterlagen des städtischen Krankenhauses mit sämtlichen medizinischen Akten wurden im Februar 1946 an das Französische Rote Kreuz abgegeben.

In den Archivunterlagen existiert außerdem ein Verzeichnis über 31 uneheliche Kinder, deren Vater „als Staatsangehöriger der Vereinten Nationen bekannt ist oder als solcher vermutet werden kann“.

Nationalität der Zwangsarbeiter in Offenburg

Von insgesamt aktenmäßig erfassten Personen waren:

751 sog. Westarbeiter:

42 Belgier, 378 Franzosen (davon 62 Kriegsgefangene), 160 Holländer, 166 Italiener, 1 Schweizer, 4 Spanier

und 1099 sog. Ostarbeiter

darunter:

2 Armenier, 4 Galizier, 7 Jugoslawen, 5 Kroaten, 1 Lette, 249 Polen (vor allem Landarbeiter), 817 Sowjetrussen, 9 Slowenier, 4 Tschechoslowaken, 1 Ungar

1422 Personen waren in Offenburg und den heutigen eingemeindeten Ortschaften beschäftigt. Bei 28 Personen fehlen die Angaben. Die übrigen 401 Personen arbeiteten in Gemeinden des ehemaligen Amtsbezirks Offenburg.

Die Offenburger Zwangsarbeiter arbeiteten bei ca. 100 Betrieben und Behörden (z.B. Stadtverwaltung, Arbeitsamt).

Größte Offenburger Arbeitgeber waren:

Reichsbahn (933 Personen), Stahlbau-Müller (71 Personen), Spinn- und Weberei (24 Personen), Stadtverwaltung Offenburg (24 Personen), Maschinenfabrik Martin (16 Personen), Schoemperlen & Gast (16 Personen), Wroblewski (13 Personen)

Quittungsbücher der Arbeiter-Versicherung (1940–45) und die Einwohnermeldekartei

Im Rahmen der Recherchen hat das Stadtarchiv das vorhandene Datenmaterial durch eine Auswertung der Versicherungsbücher der Jahre 1943/44 ergänzt. Dabei konnten 354 Personen gefunden werden, darunter befanden sich 239 Zwangsarbeiter, die nicht in den Listen aufgeführt waren. Weitere Namen fanden sich in der Einwohnermeldekartei, die jedoch aus Zeitgründen nicht systematisch ausgewertet werden konnte.

Das Offenburger Lagersystem

In Offenburg gab es folgende Lager:

1. Das Kriegsgefangenenlager Stalag V C.

Betreiber: Wehrmacht
Ort: Das ehemalige Landwehrübungslager „Am Holderstock“
Belegung: Zwischen 1.700 und 3.500 Gefangene
Zeitraum: Ab März 1942

Wer in den Lagern untergebracht war, lässt sich nicht feststellen. Die Kartei wurde bei Aufgabe des Lagers weggebracht.

Weitere kleinere Lager mit Kriegsgefangenen unterhielten verschiedene Offenburger Firmen und die Stadtverwaltung:

Betreiber:	Offenburger Industrie/Stadtverwaltung
Ort:	a. Betriebsgelände Spinn- und Weberei b. Bärensaal, Langestr. 29 c. Bad Ries, Winzerstube (städtisches Lager) d. Firmengelände Robert Dold
Belegung:	a. 22 französische Offiziere b. Kriegsgefangenenkommando 6062 (Stahlbau Müller, Martin, Kirsch u.a.) mit 50 Mann c. Kommando 6031 französische Kriegsgefangene im Rebgut, Kommando 6029 bzw. 6054 mit 10–13 bzw. 25 Personen im Bad Ries u. in der Winzerstube für Gärtnereien insgesamt 80 Mann d. 20 Mann (Inder)
Zeitraum:	a. ab ca. August 1941 b. ab ca. August 1941 c. ? d. ?

2. Das Reichsbahnlager und spätere Ostarbeiterlager

Betreiber:	Reichsbahn
Ort:	Ausbesserungswerk
Belegung:	ca. 100 russische Gefangene; ab 1942 russische Zivilarbeiter
Zeitraum:	Anfang 1942 bis August 1942

Die Lagerinsassen wurden im August 1942 in das Ostarbeiterlager verlegt:

Betreiber:	Reichsbahn
Ort:	Baracke des ehemaligen Südwestmarklagers der HJ
Belegung:	1000 Schlafplätze, 993 Zivilarbeiter
Zeitraum:	ab August 1942

3. Westarbeiterlager

In der Stadt waren ca. bis Ende 1943 kleinere Lager für Westarbeiter verteilt:

Betreiber:	Reichsbahn
Ort:	a. Baracken auf Rangierbahnhof, Güterstraße b. Michelhalle, Glaserstraße

- Belegung: a. Franzosen (?), später Holländer
 b. 60 Italiener
- Zeitraum: a. Anfang 1942 – Ende 1943
 b. ab März 1942

Das zentrale Westarbeiterlager wurde Ende 1943 fertig gestellt.

- Betreiber: Stadtverwaltung u. Deutsche Arbeitsfront
- Ort: Baracken auf der Kronenwiese
- Belegung: 400 Zivilarbeiter aus Frankreich, Belgien, Niederlande, Spanien und Kroatien
- Zeitraum: ab Ende 1943

4. Weitere Zwangsarbeiter im Einsatz:

Hinzu kommen die 8., 9. u. 10. SS-Baubrigade sowie der Bauzug des KZs Flossenbürg, die zwischen Weihnachten 1944 und April 1945 im Auftrag der Reichsbahn in Offenburg stationiert waren. Eine Baubrigade umfasste ca. 504 Häftlinge. Zum Bauzug gehörten 635 Häftlinge aus Belgien, Italien, der Tschechoslowakei, der Sowjetunion und Polen.

Die Rolle der Stadtverwaltung

Aus den Unterlagen geht hervor, dass die Stadtverwaltung ca. 24 Zwangsarbeiter beschäftigt hatte. Bei einigen von ihnen wird in der Liste der Einsatzbereich aufgeführt.

6 Franzosen (Bauhof, Westarbeiterlager, Stadtgärtnerei), 1 Holländer (Westarbeiterlager), 2 Italiener (?), 2 Polen (Stadtwerke, Westarbeiterlager), 13 Sowjetrussen (Westarbeiterlager, Krankenhaus)

Bekannt ist außerdem der Einsatz von Kriegsgefangenen im St. Andreas-Weingut.

Darüber hinaus fungierte die Stadtverwaltung als „Treuhand“ der Offenburger Betriebe. Sie war Bauherr des Westarbeiterlagers. Die Baukosten in Höhe von 80.000.– RM konnten bereits nach drei Jahren ausgeglichen werden durch einen Unkostenbeitrag pro Kopf und Tag, den jeder Zivilarbeiter zu entrichten hatte. 1944 betrug der Überschuss 30.000.– RM.

Zur Lagerverwaltung setzte die Stadtverwaltung einen eigenen ehrenamtlichen Beigeordneten ein: Philipp Nünlist, Kreispropagandaleiter der NSDAP.

Seit Sommer 2001 steht das Stadtarchiv Offenburg in ständigem Kontakt mit den nationalen Stiftungen Polens, Russlands, der Ukraine und Weißrusslands mit dem Ziel, die Namen der noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeiter zu erfahren. Diese Bemühungen sind noch nicht abgeschlossen. Es zeigt sich zum jetzigen Zeitpunkt, dass zahlreiche Namen nicht mehr gefunden werden können.

Weiterführende Literatur

Empfehlungswert ist das Schwerpunktheft „Zwangsarbeit und Kommunen“ der Information zur modernen Stadtgeschichte, Nr. 2/2001; insbesondere Adressen und links im Beitrag. Literatur, Hilfsmittel und Internetseiten zum Thema Zwangsarbeit von Ursula Reuter und Pawel Polian, 33 ff.

Anmerkungen

- 1 Das Stadtarchiv Offenburg hat mit der intensiven Aufarbeitung bereits 1986 begonnen. Offenburg gehört zu den ersten deutschen Kommunalarchiven, die „Zwangsarbeit“ zum Thema einer wissenschaftlichen Untersuchung machten. Mit der wissenschaftlichen Bearbeitung beauftragte das Archiv 1986/88 den Historiker Bernd Boll. 1994 erschien seine Dissertation zum gleichen Thema im Centaurus-Verlag, Pfaffenweiler.
- 2 Die folgenden Passagen orientieren sich an der Veröffentlichung von Mark Spoerer, Zwangsarbeit unterm Hakenkreuz, 2001.

